

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (6. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Brandner, Marc Bernhard, Jürgen Braun, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/10168 –**

70 Jahre Grundgesetz – Bewährtes bewahren, an neue Herausforderungen anpassen

A. Problem

Der Antrag zielt auf eine Feststellung des Deutschen Bundestages, dass das Grundgesetz aufgrund aktueller Herausforderungen einer umfassenden Reform bedürfe. Betroffen seien insbesondere die Bereiche:

1. Herstellung der Wehrhaftigkeit gegenüber Gefahren, die von extremistischen Bestrebungen jeder Art und insbesondere einem radikalen Islamismus ausgehen;
2. Festschreibung der deutschen Sprache als Landessprache zur Gewährleistung eines umfassenden Schutzes und der verstärkten Förderung der deutschen Sprache;
3. Aufnahme der deutschen Leitkultur und des Leitbildes der wehrhaften Demokratie als Staatsziele zum Schutz und zur Förderung der damit in Verbindung stehenden Werte und Traditionen;
4. Stärkung direktdemokratischer Elemente zur Verbesserung der Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung;
5. Direktwahl des Bundespräsidenten zur Steigerung der Akzeptanz des Amtes;
6. Neuordnung der Bund-Länder-Relationen zugunsten einer Stärkung des Föderalismus;
7. Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers zur Verhinderung einer zu starken Machtfülle;
8. vollständige Umsetzung des Prinzips der Gewaltenteilung und Entflechtung jedweder dem zuwiderlaufenden Regelungen;
9. Einbeziehung der Digitalisierung sowie die Verankerung der Errichtung und des Erhalts der technischen und digitalen Infrastruktur als Staatsziel.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/10168 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10168 abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Stephan Brandner

Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Volker Ullrich

Berichterstatter

Sonja Amalie Steffen

Berichterstatterin

Dr. Marco Buschmann

Berichterstatter

Niema Movassat

Berichterstatter

Dr. Manuela Rottmann

Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Volker Ullrich, Sonja Amalie Steffen, Stephan Brandner, Dr. Marco Buschmann, Niema Movassat und Dr. Manuela Rottmann**I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/10168** in seiner 101. Sitzung am 16. Mai 2019 beraten und an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Inneres und Heimat sowie an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10168 in seiner 65. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat die Vorlage auf Drucksache 19/10168 in seiner 37. Sitzung am 25. September 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 56. Sitzung am 26. Juni 2019 den Antrag der Fraktion der AfD, zur Vorlage auf Drucksache 19/10168 eine öffentliche Anhörung durchzuführen, beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD abgelehnt. In seiner 59. Sitzung am 25. September 2019 hat der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz die Vorlage auf Drucksache 19/10168 abschließend beraten. Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 25. September 2019

Dr. Volker Ullrich
Berichtersteller

Sonja Amalie Steffen
Berichterstellerin

Stephan Brandner
Berichtersteller

Dr. Marco Buschmann
Berichtersteller

Niema Movassat
Berichtersteller

Dr. Manuela Rottmann
Berichterstellerin

